

**Wir hören zu,
du gestaltest.**

2. Halbzeitbericht zum UNOS-Programmprozess
Mai 2024



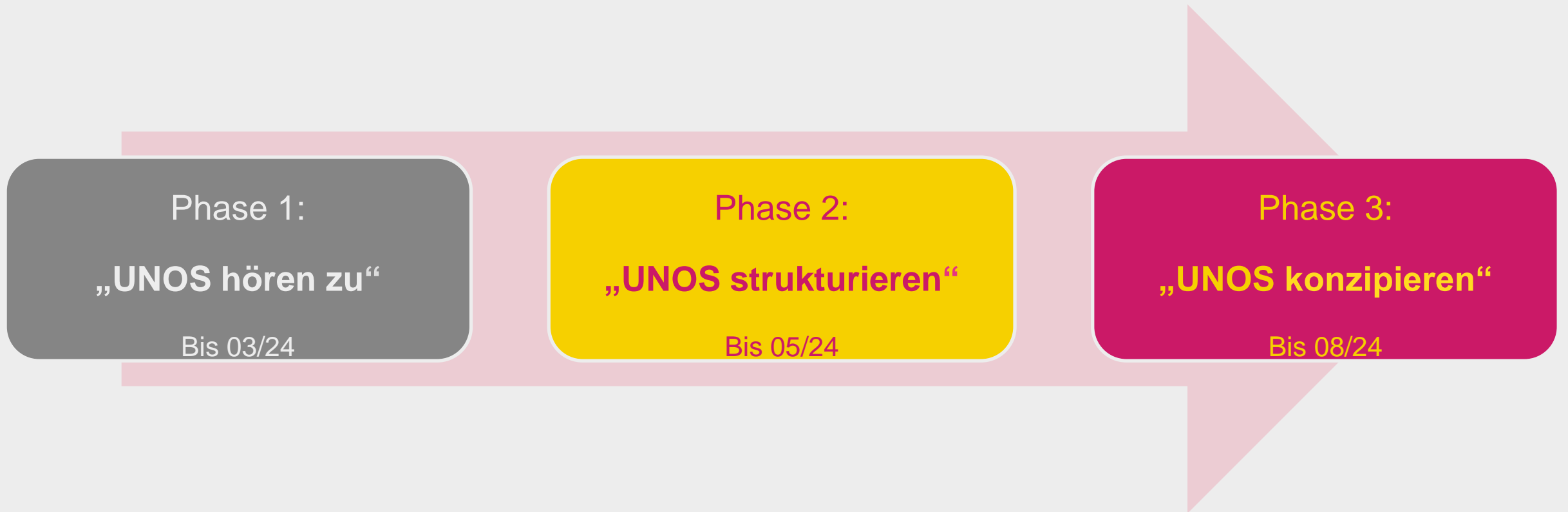
UNOS
Unternehmensfreude

PHASE 2

Inhalte und Ziele dieses Berichts

- Zusammenfassung der bisherigen Diskussionsbeiträge des UNOS-Programmprozesses „Wir hören zu. Du gestaltest“ in den Kapiteln:
 - **Arbeit**
 - **Infrastruktur – Energie - Verkehr**
 - **Digitalisierung**
 - **Nachtrag zu Themen aus Halbzeitbericht 1**
- Im 1. Halbzeitbericht vom Jänner 2024 wurden folgende Kapitel beleuchtet: Steuern und Abgaben, SVS und soziale Absicherung, Gründung – Finanzierung – Förderungen, Bürokratie und Recht, Wirtschaftskammer.
- Die Inhalte dieses Berichts geben Beiträge von Diskussions-Teilnehmer:innen wieder. Sie dienen dem wechselseitigen Austausch und stellen nicht notwendigerweise Positionen oder Forderungen von UNOS – Unternehmerisches Österreich dar.

Überblick UNOS-Programmprozess



UNOS haben zugehört



... den Unternehmer:innen



... in ganz Österreich



1. Arbeit

Was stört? (1)

- **Arbeitskräfte fehlen. Fachkräfte fehlen.**
- **Mentale Gesundheit** der (potenziellen) Arbeitskräfte verschlechtert sich zusehends.
- **Hohe Teilzeitquote:** z.B. im Industrieland OÖ. **Mangelndes Wissen** über **finanzielle Folgen**.
- Es gibt keinen Fahrplan bei der **qualifizierten Migration**.
- **Keine Willkommenskultur** - fehlende Infrastrukturen (internationale Schulen, öffentliche Verkehr, interkulturelles Management). Ist für begleitende Familienmitglieder schwierig. Anerkennung von Qualifikationen zu kompliziert.
- **Österreich ist nicht attraktiv für High Level Arbeitskräfte** im Gegensatz zu z.B. Kanada, Australien.
- Grundsätzliches **Entgeltschema in Österreich** ist für ausländische Arbeitskräfte (auf Zeit) nicht attraktiv, zu umständlich; zu viele Sonder- und Nebenleistungen, die auf den ersten Blick nicht erkennbar sind (13./14. Gehalt, Mitarbeitervorsorgekasse, ...)
- **Rot-Weiß-Rot-Karte:** Antragsverfahren kompliziert, nur für Mangelberufe.

„Wir müssen Klarheit schaffen, was es für die Pension bedeutet, wenn ich es nicht schaffe, aus der Teilzeitfalle rauszukommen.“

„Man muss steuerlich etwas machen, damit sich Vollzeitarbeit auszahlt.“

„Jeder, der Asylantrag stellt und gemeinnützige Arbeit macht, sollte mit einem Punktesystem belohnt werden und leichter eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen.“

1. Arbeit

Was stört? (2)

- **Qualität der Ausbildung** ist mangelhaft: Ausbildungslücke bei KI & Digitalisierung, Qualität der Berufsschulen lässt zu wünschen übrig.
- Lehramtsausbildung dauert **zu lange**, **Bildungssystem ist überfrachtet**.
- Im Bildungssystem sind viele Aufgaben **überakademisiert**.
- Bildung: **Positives Image für Unternehmertum fehlt**.

1. Arbeit

Was soll sich ändern? (1)

- Potenzial von mehr Arbeitsstunden bei **Teilzeitkräften** heben. **Aufklärung über finanzielle Folgen**. Vorschlag: einfacher „Lebenseinkommensrechner“, bei dem man wie beim Brutto-Netto-Rechner eingeben kann, was man verdient und welchen Unterschied das bis zum Lebensende (inklusive Pension) macht, je nachdem wie viele Stunden man (nicht) arbeitet ... - ev. Zusammenarbeit mit Forschungsinstitut, Influencerinnen).
- **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** durch flexiblen Pensionsantritt und steuerliche Entlastung von Personen, die länger arbeiten.
- **Qualifizierten Zuzug** ermöglichen/fördern.
- **Rot-Weiß-Rot-Karte:**
 - **Weniger Bürokratie**.
 - Sie sollte nicht nur für Mangelberufe, sondern für **alle Berufe** gelten.
 - Bzw. massive Ausweitung der Rot-Weiß-Rot-Karte: Sowohl für Lehrlinge, also auch für **Hilfskräfte**. Diese in die Legalität holen. „Schienenwechsel“ wie in anderen Ländern ermöglichen. Wenn Arbeit angenommen wird, dann Aufenthaltsgenehmigung.
 - **Bestehende Regelungen der RWR-Karte überprüfen**. Z.B. Frage, ob Bindung an Arbeitgeber und Pflicht zu Nachfolgebeschäftigung nach 6 Monaten sinnvoll ist.
- Verringerung der Sprachbarrieren und **einfachere Nostrifizierung**. Den **Arbeitsmarkt** möglichst früh für **Migranten** öffnen. **Asylverfahren** beschleunigen.
- Abschluss von Rahmenverträgen zwischen Österreich und ausgewählten Herkunftsländern, um **Zuzug von Fachkräften zu erleichtern**. Akquise von Arbeitskräften im Ausland durch Business Upper Austria (VA Linz). Ausbildungssystem „Lehre“ exportieren und im Gegenzug Fachkräfte importieren.

1. Arbeit

Was soll sich ändern? (2)

- **Mittlere Reife einführen.** Gemeinsame Schule für die 6-15- oder 16-Jährigen.
- **Lehrlingswesen stärken:** 9. Schulstufe sollte zur Orientierung dienen – in Jobs/Lehrausbildungen reinschnuppern. Mehr Werbung für die Lehre.
- Zwischenabschlüsse. **Sinnvolles neuntes Schuljahr** konzipieren.
- **Berufsschul-Milliarde:** Sind wichtige Ausbildungsstätte und gehören gestärkt! Qualität der Berufsschullehrer:innen heben.
- Finanzielle Anreize für **Lehre nach der Matura** etablieren.
- **Selbsterhalterstipendien** für zweiten Bildungsweg ausbauen.
- 14 Wochen **Ferien verkürzen** und zur Heranführung an das Leben nutzen (gilt für Lehrer und Schüler).
- **Lebenslanges Lernen.** Gezielte Weiterbildung von langjährigen Mitarbeitern, um die Einsatzzeit zu verlängern. Qualifikation und digitale Ausbildung für ältere Mitarbeiter:innen. Umschulung in andere Berufe auch nach 50 Jahren ermöglichen.
- **Wirtschaftliche Grundausbildung** im Schulsystem und explizit auch im Medizinstudium und für politische Entscheidungsträger:innen.
- **Qualifikationszuschuss** - doppelte Anrechnung von Ausbildungskosten.
- In **hervorragende Kinderbetreuung** investieren (durch Unternehmen und die öffentliche Hand).

1. Arbeit

Was soll sich ändern? (3)

- **Talent-Scouting** in Schulen, um Nachfrage und Angebot in Einklang zu bringen.
- Vernetzung zwischen **Bildungsinstituten und Unternehmen**. Z.B. „Schnuppertage“ - App (mit AMS)
- „Lange Nacht der Unternehmen“
- **WIFI** muss aktueller Bildungsangebote machen z.B. ESG.
- **Flexibilität vs. Wochenstunden**: Betrieblich regeln statt One for all - KI kann da helfen
- **Neues Arbeitsrecht** für Wissensarbeit

2. Infrastruktur - Energie

Was stört? (1)

- **Erneuerbare Energie:** Langwierige Verfahren bremsen Ausbau (Beispiel: Kleinwasserkraftwerk Attnang-Puchheim). Aber auch ohne UVP: man fühlt sich als Bittsteller (unterschiedliche Ebenen/ Behörden -- die Lösungsorientierung fehlt; skill set & juristische Beratung. Bürokratische Hürden: fehlende rechtliche Grundlagen/ Planungssicherheit.
- **Großverbraucher** werden nicht ins Liefersystem mit einbezogen.
- **Wenig Wettbewerb bei den Energieversorgern**, insbesondere bei den Netzen (verdeckte Steuern).
- **Steuerliche Betrachtung** von Erneuerbaren (PV-Anlage): AFA vs. Investitionsförderung.

„Es fehlt an Visionen, an Infrastruktur und Digitalisierung. Und der Vorsprung, den andere Regionen wie Asien haben, ist enorm.“

„Der Genehmigungsverfahren sind komplex und umfangreich, wie nie zuvor.“

„Wir brauchen einen europäischen Strommarkt, der funktioniert. Dafür müssen Energiewirtschaft und Industrie einbezogen werden.“

2. Infrastruktur - Energie

Was soll sich ändern?

- Gesetzlichen und statutarischen **Auftrag der öffentlichen Versorger hinterfragen**, rechtliche Möglichkeiten suchen, um Gemeinwohl-Ziele auch in Aktiengesellschaften abzubilden (Verankerung in Statut, Handlungsgrundlage für Vorstand).
- **Gewerbetarif/Strom** an Privattarife angleichen! **Abgaben auf Strom** deutlich reduzieren.
- **Ausbau der erneuerbaren Energie** auch in Österreich. Politische Priorisierung vom Erneuerbaren Ausbau und gesetzliche Rahmenbedingungen, energiepolitische Strategie, Entbürokratisierung.
- **Anreizmärkte** für die Industrie, um am Strommarkt aktiv teilzunehmen.
- **Herkunftszertifikate** aus Erneuerbaren müssen angerechnet werden.
- Klare Linien - **Investitionssicherheit schaffen**. Erneuerbaren Ausbaugesetz & Erneuerbaren Wärmegegesetz. Investitionen vs. Ausbauleistung (Erneuerbaren Ausbaugesetz).
- **Wirtschaftskammer**: stringente Strategie und transparente Kommunikation - fachliche Qualifikation & Wissen speziell im Energiebereich.
- **Besseres System für Fördervergabe PV**. „Da sitzt du um null Uhr vor dem Computer und wenn du Glück hast, bekommst du etwas und wenn nicht, dann nicht. Das muss besser gehen.“
- **Voneinander lernen**, zusammenarbeiten. Z.B energieautarke Gemeinden/Verkehrskonzept. Jeder macht etwas alleine, ohne auf Erfahrungen von anderen Gemeinden zurückzugreifen.

2. Infrastruktur - Verkehr

Was stört?

- Ideologische Sichtweise in Verkehrspolitik auf regionaler Ebene: **Bürgermeister als Baubehörde** erster Instanz sind oft nicht kompetent. Zudem innerer Interessenskonflikt wegen Gemeindeeinnahmen. Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte (z.B. U6 Verlängerung nach NÖ/Mödling) sind schwierig umzusetzen.
- **Genehmigungsverfahren**: Dauer inakzeptabel; zu viele Institutionen Parteienstellung (allerdings auf Gemeindeebene zu wenig Rechte für Bürgerinitiativen).
- **(Salzburg) Öffentlicher Verkehr** nicht ausreichend, man ist auf Auto angewiesen. Es fehlt der große Wurf, eine Vision/Masterplan. Öffentlicher Verkehr mit teuren Einzeltickets.
- In Salzburg fehlen leistbare **Lagerflächen** mit Zufahrt. **Shared Offices** sind Mangelware (Salzburg).

„Wir werden in Salzburg im öffentlichen Nahverkehr völlig im Stich gelassen.“

„Es fehlt an Visionen, an Infrastruktur und Digitalisierung. Und der Vorsprung den anderen Regionen wie Asien, haben, ist enorm.“

2. Infrastruktur - Verkehr

Was soll sich ändern?

- Ernst gemeinte **Partizipation** (Bürger:innen-Räte), zumindest Verbindlichkeit in Richtung zwingende Behandlung in gesetzgebenden Körperschaften. Direktdemokratische Instrumente stärken, wie z.B. Schweiz.
- **Baubehördliche Kompetenz** auf überörtliche Ebene heben (weg von Bürgermeistern).
- **Regionalplanung** forcieren, auch vernetztes Denken zwischen verschiedenen Sektoren (Verkehr, Energie, ...).
- **Sanktionsmöglichkeiten**, wenn übergeordnete Raumordnungs-Bestimmungen nicht eingehalten werden.
- **Tagesticket (App)** für Salzburg Stadt anstatt Tourismusabgabe. Z.B. QR-Code.

3. Digitalisierung

Was stört? (1)

- **Künstliche Intelligenz: rechtliche Rahmenbedingungen** für kleine Unternehmen/ data act / AI Act - da braucht es Augenmaß, wie solche Gesetze geschrieben werden – es sollte in der EU ein Standard gelten, nicht lauter verschiedene nationale Varianten.
- Problem: **Eintrittshürden sehr hoch**. Angst vor neuen Technologien, Kontrollverlust; Informationen werden vorenthalten. Viele Klein- und Kleinstunternehmen sehen unmittelbar keinen Vorteil / Notwendigkeit zu digitalisieren. KI-Expertinnen werden von Politik nicht eingebunden.
- **Haftungsfragen** sind unklar.
- Fehlende **Weiterbildung**: Es fehlen Weiterbildungsangebote für Unternehmer:innen im KI-Bereich und für Mitarbeiter:innen 45+. Data Engineering, Data Scientists sind Mangelberufe trotz vieler Studierender. Auch in der öffentlichen Verwaltung fehlt es an KI-Know-how.
- Informations- und Veranstaltungsangebote branchenweise stark unterschiedlich verbreitet, UBIT z.B. sehr viel, Finanzdienstleistungen zu wenig
- Daten sammeln, Digitalisierung ist auch Basis für ESG!

„Was an Regularien auf uns zukommt, verunmöglicht AI-Entwicklung in Österreich. Dann haben wir das nächste Bürokratiemonster à la DSGVO.“

„Es kann nicht sein, dass sich jedes kleine Unternehmen zum Thema Digitalisierung ein Beratungsunternehmen holen muss.“

„Bei KI und Digitalisierung kommen extrem viele Brocken gleichzeitig auf uns zu. Sowohl bei den Tools als auch regulatorisch. Das sehen wir auch im Maschinenbau. Viele sind überfordert; manche ignorieren es.“

3. Digitalisierung

Was stört? (2)

- Daten sind auf unterschiedliche **Systeme** verteilt. Im Moment ein massiver, manueller Aufwand Daten zu zentralisieren/transformieren.
- Unsicherheit bei KI-Zertifizierung für Unternehmen, die Software für **kritische Infrastruktur** liefert (NIST – US-Behörde für technische Standards, Anm.)
- **Missbrauch** von KI lässt sich nicht verhindern. Wie kontrollieren wir Systeme von außerhalb EU?
- Es gibt kein Umfeld, in dem wir unternehmerisch „fail forward fast“ machen können. Ein **institutionalisiertes Testumfeld** fehlt. Zu isolierte Entwicklung; keine Plattform für Austausch;
- KI hat einen Bias durch die gelernten Basisdaten. Wer schützt uns vor Unwahrheit der Ergebnisse?
- Salzburg. Fehlendes **Telekommunikationsnetz/Digitalisierung, schwaches Internet**: Netze instabil, wenn in Grenznähe, Westbahn-Strecke kein ausreichend stabiles Netz, Benchmark Südkorea bei Verfügbarkeit Internet. Autos als Kommunikationszellen brauchen andere Infrastruktur.
- **Breitbandinfrastruktur** unzureichend, 5G wird als stabile Lösung im urbanen Raum verkauft, Kabel fehlt auch in der Stadt.

„Wir brauchen den AI-Act, um in Europa wettbewerbsfähig zu werden gegenüber anderen.“

„Selbst im kleinen Handwerksbetrieb ist Digitalisierung ein Thema.“

„Digitalisierung und KI betreffen von jung bis alt alle im Unternehmen. Da ist auch die Politik gefragt, zu vermitteln, dass das nicht per se etwas Schlechtes ist.“

3. Digitalisierung

Was soll sich ändern? (1)

- **Breitband:** Breitbandförderung neu aufstellen. Schnellerer Ausbau der Last mile. Französische Regelung - jedes neu gebaute Gebäude mit mehr als drei Wohnungen muss eine Glasfaseranbindung haben. **Glasfaser:** Keine Asymmetrie Upload/Download.
- **Recht/AI:** Augenmaß bei der Risikoabschätzung und Gesetzgebung. Standardisierung der Gesetzgebung innerhalb. Wissen, wie man an Wissen kommt. Kein Goldplating, keine überbordende Regulierung. Groben Rahmen für Haftung schaffen, z.B. Beratungsfehler. Spielregeln für personenbezogene Daten sind wichtig. Z.B in Städten. Als Grundsicherheit (Leitplanken) für die Unternehmen wichtig.
- Es braucht für Texte und Bilder eine **KI-Kennzeichnungspflicht**. Schutz vor marktbeherrschenden Plattformen wichtig, um Beherrschung der Meinung und deren Bildung zu verhindern.
- **Wissenstransfer:** Angebot von einfach zugänglichem Beratungsservice; unbürokratisch insbesondere für kleine Unternehmen, Art „Quick-start-guide“ – Wie fange ich an etc. Kleine Unternehmen an der Hand nehmen. Schritt für Schritt-Anleitung. WKO-Fokus bei Weiterbildung auf dieses Thema sowie Infoveranstaltungen. (Anmerkung: Es gibt von der WKO diverse Angebot – z.B. KMU.digital – siehe Digitalisierung im Unternehmen: WKO DIGITAL Servicepaket - WKO).
- Die **Wirtschaftskammer** sollte als Drehscheibe **für digitales capability Netzwerk** agieren. (Anmerkung: Das Digital Capability Framework - DCF ist im Wesentlichen ein Rahmenwerk für die digitale Transformation, das Unternehmen bei der Innovation und der Orchestrierung der digital gestützten Unternehmenstransformation unterstützen soll. Es hilft Unternehmen, ihre aktuelle Situation zu analysieren und neue Geschäftsfälle zu identifizieren, die durch Technologietrends ermöglicht werden.)
- Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch KI-Kompetenz stärken, z.B. durch Open Data Initiativen.

3. Digitalisierung

Was soll sich ändern? (2)

- **Bildung**: Schaffung Digitalisierungskompetenz in Österreich. Umgang mit KI in Lehrpläne für Schulen und Universitäten integrieren. Anreize für lebenslanges Lernen, Innovationsanreize. Lehrberufe und Berufsbilder überarbeiten. Es braucht im Bildungsbereich eine KI-Initiative, um KI für bessere Bildung (auch von Mitgrant:innen) großflächig ausrollen zu können.
- Es braucht **Ressourcen (Geld/Know-how)** wie die KI in das Unternehmen integriert werden kann, um monotone Tätigkeiten durch KI ersetzen zu können.
- Ausreichende **Kapazitäten qualitativ/quantitativ in der Verwaltung**, um notwendige Regulatorik rasch/unternehmensfreundlich umzusetzen.
- Digitalisierung, **ein Portal für alles** (z.B. abgesichert durch MFA –Mult-Faktor-Authentifizierung).

Offene Fragen

- Wie können Unternehmen näher an die angewandte **Forschung** geführt werden → statt Förderungen Eigenentwicklung.
- Ob es aus Sicht Gesellschaft nicht besser wäre, kollaborative Forschung und Innovation mehr zu fördern, um schneller Grundlagenforschung in Richtung Anwendung und Monetarisierung zu bringen. Und um die Silos, die bei Grundlagenforschung vs., Angewandter Forschung vs., Innovation vs. Anwendung zu brechen.
- Warum ist KI-Grundlagenforschung in EU und die Anwendungen (und Steuern) entstehen in USA?
- Lösungsansatz: Möglich wäre z.B. Steuererleichterung für Unternehmen, wenn man Projekte an den Unis/FHs fördert bzw. mit Forschungseinrichtungen bearbeitet und z.B. auch Daten aus der Realität zur Verfügung stellt.

5. Nachtrag (1)

- **Steuern und Abgaben**
 - **Steuern reduzieren und Förderungen abschaffen.** Strom muss finanzierbar bleiben.
 - **Arbeit:** Arbeitnehmer sehen nicht, was Unternehmen zahlen müssen
 - Maximalbetrag für **Mitarbeitergutscheine** wird nicht regelmäßig valorisiert. (EK)
 - Standardisierte **Aufschlüsselung bei Lohnzahlungen**, was wer zahlt und wo es hinfließt.
 - Steuer: **Pauschalierung 600.000 wie bei Landwirten** (siehe Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (usp.gv.at))
 - **Investitionen:** Steuerliche Absetzbarkeit von Verlusten bei Privatinvestitionen in Startups
 - **Mietvertragsgebühr** (für Unternehmen) kippen! Der Staat erbringt keinerlei Leistung. Gebühr fällt nur bei schriftlichen Verträgen an, weshalb es einige mündliche Verträge und damit mehr Rechtsunsicherheit gibt.
 - **Flatrate 20%!** Einfache Steuererklärung ohne Steuerberater
 - **BONUSzahlungen** statt Malussystem (Strafe für Gewinn)
 - **GWG-Grenze** auf 2.000 Euro anheben
 - Sanfte Reduktion der Anzahl der **Feiertage**
 - Einführung **Bank Holidays** (Beispiel UK)
 - Nach deutschem Vorbild **Optierung zur Körperschaftsbesteuerung** statt Einkommensbesteuerung bei Personengesellschaften.

„Bitte vereinfacht das System, dann zahlen wir unsere Steuern und Abgaben gerne.“

„Die Mietvertragsgebühr ist eine lupenreine Deppensteuer.“

5. Nachtrag (2)

■ Pensionsversicherung

- Wenn Pensionsalter steigt, muss **Abschluss von Versicherungen** (Arbeitslosen-, Kranken-, Arbeitsunfähigkeits- oder SVS-Zusatzversicherung) auch über 60 möglich sein - Gesundheits-Check auch möglich.
- Möglichkeiten zur **(selbstständigen) Weiterbeschäftigung** nach Antritt der Alterspension verbessern (z.B. kein/eingeschränkter Pensionsversicherungsbeitrag).
- Für **Arbeitnehmer:innen im pensionsfähigen Alter** sollen nur noch Einkommens- und Lohnsteuer sowie Unfallversicherung fällig sein.
- **Silberrückenbonus** - ab Pensionsalter keine Kammerbeiträge mehr für EPU.
- **Kapitalgedeckte Pensionsversicherung**

■ Gewerbeordnung

- Die rechtlichen Anforderungen der Gewerbeordnung bzw. der Verwaltung allgemein sind oft nicht zeitgemäß und verhältnismäßig und belasten KMU überproportional.
- Keine alltagstaugliche und kundenorientierte Begleitung/Unterstützung durch die Verwaltung.
- **Abschaffung von reglementierten Gewerben.**

5. Nachtrag (3)

- **Förderung**
 - Schwieriger Zugang zu **Risikokapital** für innovative Unternehmenskonzepte - aktuelle Regelungen und Budget nicht ausreichend (AWS double equity etc.).
 - Für **Gastronomie** in Österreich nur Banken für Finanzierungen verfügbar. AWS, SFG schließen Gastronomie aus.
 - Banken viel zu statisch reguliert und unflexibel für **neue Geschäftsideen** ohne buchhalterischer Geschichte.
 - **Lastenräder**: Sehr unterschiedliche Förderungen nach Gemeinden
 - Förderung **E-Räder**: Nach Abzug der Förderung darf man nicht unter KV fallen. Daher für Niedrigverdiener:innen oft nicht anwendbar.
 - **E-Bikes**: Keine Förderung für Private, außer bei Lastenrädern
 - Förderungen können oft von **Kleinunternehmen** gar nicht genutzt werden aus Mangel an Kapazitäten.
 - Wir haben eine hohe Steuern- und Abgabenlast und gleichzeitig einen undurchdringlichen **Dschungel an Förderungen** (insbesondere Landesebene).
 - Komplexität gibt **Missbrauch** Vorschub. Gibt Unternehmer, die nur von Förderung leben.
- **Förderungen abschaffen. Im Gegenzug Reduktion der Steuersätze.**

5. Nachtrag (4)

■ Gründung

- Es gibt digitale Oberfläche (z.B. **Unternehmensportal**), aber die Prozesse sind nicht digital.
- **Echte Abgabentlastung/-befreiung in den ersten drei Jahren** nach Unternehmensgründung, nicht nur vorläufige Stundung und Nachbelastung.
- Steuerliche Begünstigung **nicht entnommener Gewinne**.
- 10 Stunden **kostenlose Unternehmensberatung**.
- Arbeitnehmer haben bedingt der Kammermitgliedschaft bei Gericht auch Rechtsvertretungssicherheit in Sozial- u. Arbeitsrechtsbelangen. Unternehmer haben hier als Zwangskammermitglied keine **Rechtsvertretungssicherheit** - dieses Thema sollte mal eingefordert werden.

■ Image Unternehmertum

- Schlechtes Image Unternehmertum.
- Ausspielen von Arbeitnehmer/ Arbeitgeber muss endlich aufhören.
- Unternehmer:innen gelten als "die Bösen". Wir müssen vom Klassendenken wegkommen.
- **Imagekorrektur** - Image des Unternehmers heben. Lust auf Unternehmertum machen, an Unternehmertum heranführen.
- **Arbeit muss sich wieder lohnen. Unternehmerschaft auch.**

Vielen Dank an alle Teilnehmer:innen des UNOS-Programmprozesses und ihre Beiträge, denn ...

... damit macht Unternehmer:in sein in Österreich wieder mehr Freude ...

Markus Hofer
UNOS-Bundessprecher-Stellvertreter

... und wir schaffen ein Programm, das auf die wahren Anliegen und Wünsche von Unternehmer:innen eingeht.

Michael Bernhard
UNOS-Bundessprecher

